

ZWISCHENBERICHT DER AMADEU ANTONIO STIFTUNG

STAND: MAI 2016

INHALT

| | | |
|------|--|----|
| 1. | ZUSAMMENFASSUNG..... | 1 |
| | Bestätigung als Forschungs- und Bildungsträger | 1 |
| | Pädagogische Qualifizierung zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF)..... | 1 |
| | Expertise: Hate Speech im digitalen Raum..... | 1 |
| | Themenschwerpunkt: Flüchtlingsfeindliche Gewalt und Rassismus | 2 |
| 2. | FÖRDERUNG | 2 |
| 2.1. | Projektförderung | 2 |
| 2.2. | Opferfonds CURA | 2 |
| 3. | FÜR RECHTSEXTREMISMUS UND GRUPPENBEZOGENE MENSCHENFEINDLICHKEIT SENSIBILISIEREN | 3 |
| 3.1. | Netz gegen Nazis / Belltower.News | 3 |
| 3.2. | Sächsischer Förderpreis für Demokratie | 3 |
| 4. | EIGENE OPERATIVE PROJEKTE DER STIFTUNG | 4 |
| 4.1. | Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft – Thüringer Dokumentations- und Forschungsstelle gegen Menschenfeindlichkeit | 4 |
| 4.2. | Prävention von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit unter besonderer Berücksichtigung von Gender | 6 |
| 4.3. | debate//de:hate - digitale demokratische Kultur, vormals no-nazi.net | 7 |
| 4.4. | Lola für Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern e.V. | 9 |
| 4.5. | Aktion Schutzschild..... | 10 |
| 4.6. | Vom Willkommen zur Integration – Trainings und Vernetzung für die ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit im ländlichen ostdeutschen Raum | 12 |
| 4.7. | Aktionswochen gegen Antisemitismus | 13 |
| 4.8. | ju:an – Praxisstelle antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit..... | 14 |
| 4.9. | No World Order – Handeln gegen Verschwörungsideologien | 15 |

1. ZUSAMMENFASSUNG

Bestätigung als Forschungs- und Bildungsträger

Die Amadeu Antonio Stiftung hat im vergangenen halben Jahr aufbauend auf ihrer institutionellen Verankerung in verschiedenen Arbeitsbereichen gleich mehrere Forschungsaufträge erhalten: Zum einen erhielt das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft in Jena den Zuschlag für eine Studie durch die Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer. Das IDZ analysiert darin neue rechtsextreme Strukturen und Agitationen und formuliert anwendungsorientierte Handlungsempfehlung gegen Rechtsextremismus.

Im Rahmen der Bundeskonferenz der Integrationsbeauftragten von Bund, Ländern und Kommunen war die Amadeu Antonio Stiftung stark vertreten: Acht Kolleg_innen leiteten im Auftrag des Bundeskanzleramtes in vier Workshopformaten ein "Argumentationstraining gegen Rassismus und Flüchtlingsfeindlichkeit".

Als bundeszentraler Träger des Bundesprogramms "Demokratie leben!" übernimmt die Amadeu Antonio Stiftung weiterhin Anregungsfunktionen für andere Träger und die inhaltliche Ausgestaltung des Programms.

In ihrer Funktion als unabhängiger bundesweiter Träger der Kinder- und Jugendarbeit der Bundeszentrale für politische Bildung wurden seit November 2016 sieben gut besuchte Veranstaltungen in den Stiftungsräumen durchgeführt – davon fünf im Rahmen der neu eingeführten Reihe „Lesen und lesen lassen“ mit Autor_innen zu aktuellen Veröffentlichungen eines breiten Themenspektrums von Antisemitismus, über Reichsbürger bis zur Alt-Right-Bewegung in den USA.

Pädagogische Qualifizierung zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF)

Weiterhin stellt die Kompetenzstärkung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit im Zusammenhang mit Antisemitismus, Rassismus und anderen Formen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) ein Kernelement der Stiftungsarbeit dar. Diese nimmt dabei verstärkt Dynamiken mit in den Blick, die sich im Netz und auf sozialen Plattformen beobachten lassen.

Neben der Praxisstelle antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit (ju:an) hat hier debate die pädagogische Bearbeitung menschenfeindlichen Verhaltens sowie präventive Qualifizierung und pädagogische Konzepte entwickelt und vermittelt. Der Bedarf an Fortbildungen und Trainings, der an die Stiftung in diesem Bereich herangetragen wird ist immens. Eine Reaktion darauf war die Entwicklung und Erprobung des „Train the Trainer“-Programms, bei dem junge Menschen zu Peer-Trainer_innen zum Umgang mit Hate Speech ausgebildet werden und pädagogisches Lehrmaterial erhalten.

Wichtige Träger der Kinder- und Jugendarbeit unterstützt die Stiftung durch die bundesweiten Beratungs- und Fortbildungsangebote im Hinblick auf die Arbeit mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen. Eine Entwicklung und Etablierung pädagogischer fachlicher Standards unterstützte die ju:an-Praxisstelle auch durch die konzeptionelle Gestaltung des im Februar 2017 an der Fachhochschule Hannover stattgefundenen Fachtags „Under Construction – Für eine Willkommensstruktur in der Sozialen Arbeit“.

Expertise: Hate Speech im digitalen Raum

Das Thema Hate Speech im digitalen Raum gehört zu den zentralen Themen der Stiftungsarbeit. Als Teil der von Bundesjustizminister Heiko Maas ins Leben gerufenen Task-Force zum Thema

„Umgang mit rechtswidrigen Hassbotschaften im Internet“ soll die Stiftung an der Ausarbeitung von politischen Strategien in diesem Zusammenhang beteiligt werden. Jedoch wurde die Task Force nicht einbezogen, als der Entwurf eines Netzwerkdurchsetzungsgesetzes erarbeitet wurde, der im April durch die Bundesregierung verabschiedete wurde. Der Gesetzesentwurf geht in vielen Punkten am Thema Hate Speech gänzlich vorbei und lässt in Kernfragen keine wirkliche Verbesserung im Zusammenhang mit Hate Speech erwarten. Die Stiftung hat sich daher neben der Unterzeichnung einer „Deklaration für Meinungsfreiheit“ mit mehreren zivilgesellschaftlichen Institutionen mit einer eigenen Stellungnahme an die Öffentlichkeit gewandt.

Neben der pädagogischen Arbeit zu Hate Speech, fördert die Stiftung mit seinem Projektduo [debate//de:hate](#) (ehem. [no-nazi.net](#)) sowie im Rahmen der Online Civil Courage Initiative von Facebook weiter den offensiven Umgang mit Hate Speech durch Facebook und Nutzer_innen.

Themenschwerpunkt: Flüchtlingsfeindliche Gewalt und Rassismus

Auf zivilgesellschaftlicher Ebene wird vonseiten der Stiftung die Entstehung und Vernetzung von migrantischen Selbstorganisationen besonders im ländlichen Raum gezielt unterstützt. Der Austausch von Verwaltung, Lokalpolitik und Selbstorganisationen wird dabei verfolgt, um vorhandenes Wissen und Bedarfe von Migrant_innen und Geflüchteten lokal an entscheidenden Stellen einzubinden. Das kostenfreie Fortbildungsangebot „Türen öffnen – Brücken bauen“ der Stiftung für Engagierte in der Flüchtlingsarbeit in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern wurde veröffentlicht und in der Region bekannt gemacht.

2. FÖRDERUNG

2.1. Projektförderung

Projekte, die unmittelbar auf eine rechtsextreme Alltagskultur reagieren, sind nach wie vor ein wichtiger Fördergedanke der Stiftung. In diesem Jahr hat die Amadeu Antonio Stiftung bisher 42 Projekte mit insgesamt über 81.000 Euro gefördert .

Förderschwerpunkte im Berichtszeitraum waren dabei das Engagement von und für Geflüchtete, Thematisierung von und Strategien zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Antiziganismus, jugendaffine Formate zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus sowie Maßnahmen zur Ermutigung und zum Empowerment von Menschen, die von rassistischer Gewalt betroffen sind.

2.2. Opferfonds CURA

Die Notwendigkeit von *CURA* zeigt sich nicht zuletzt an der unverändert hohen Zahl der politisch motivierten Kriminalitätsrechts für das Jahr 2016: Mit 23.555 rechtsextremen Straftaten und 1.698 Gewalttaten wurden die Zahlen des Vorjahres (22.960 Straftaten, darunter 1.485 Gewalttaten) sogar noch übertroffen.

Gleichzeitig wurde damit der höchste Stand seit der Reform zur Erfassung der PMK im Jahr 2001 verzeichnet. Viele Betroffene rechter Gewalt erleben nach einem Angriff ein Gefühl der Ohnmacht. Der *Opferfonds CURA* bietet finanzielle Hilfe, damit die Opfer zurück in den Alltag finden. In diesem Jahr wurde der *Opferfonds CURA* bereits in 10 Fällen mit 9.865,23 Euro aktiv.



3. FÜR RECHTSEXTREMISMUS UND GRUPPENBEZOGENE MENSCHENFEINDLICHKEIT SENSIBILISIEREN

3.1. Netz gegen Nazis / Belltower.News

Kurzzusammenfassung Netz-gegen-Nazis.de 2016 / Highlights

Netz-gegen-Nazis.de ist in seinem achten Jahr weiterhin die größte Website, die sich kontinuierlich den Feldern der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und des Rechtsextremismus widmet. Wir erreichen monatlich im Schnitt 185.000 Leser_innen (2014: 150.000), die sich 360.000 Seiten ansehen (2014: 260.000); allein auf Facebook bekommen aktuell 129.000 Menschen unsere Nachrichten (2014: 85.000), bei Twitter rund 20.000 Menschen.

Aus Netz-gegen-Nazis.de wird Belltower.News

netz-gegen-nazis.de wird seit April 2017 unter einem neuen Namen und mit veränderter Konzeption fortgeführt wird: *belltower.news* - *Netz für digitale Zivilgesellschaft*.



Ein Watchblog mit Watchdog: Mit Humor, mit Gelassenheit, mit Augenmaß wollen wir Debatten führen, demokratisch streiten, und weiterhin Menschen ermutigen, sich Gedanken zu machen, welche demokratischen Werte und Rechte ihnen wichtig sind und wie sie dafür einstehen können. Die Inhalte von Netz-gegen-Nazis.de werden erhalten und fortgeführt, aber inhaltlich werden wir uns zukünftig breiter aufstellen: Wir werden uns weiter mit den Facetten gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Strategien und Argumentationsmustern beschäftigen, aber auch intensiver mit digitaler Gewalt und Kommunikationskultur. Es geht um Fragen des konstruktiven Streitens, der Haltung und darum, mit vielfältigen Antworten aus dem gesamten demokratischen Spektrum auf Rechtspopulismus und Rassismus zu reagieren.

3.2. Sächsischer Förderpreis für Demokratie

Ausgangslage

In Sachsen stecken hinter der Abwehr von Moslems, Flüchtlingen und anderen Minderheiten nicht nur Politikverdruss und Zukunftssorgen, sondern auch der ganz handfeste Versuch rechtsextremer Gruppierungen, ein Klima der Angst und kulturellen Hegemonie zu schüren. Und ein nahezu aktives Wegschauen und Beschwichtigen mancher Akteure der sächsischen Politik, wie es von außen zumindest gelegentlich erscheint.

Projektansatz

Der *Sächsische Förderpreis für Demokratie* will den Blick auf die zahlreichen Initiativen und Bürger lenken, die sich seit vielen Jahren für eine demokratische Alltags- und Willkommenskultur in Sachsen ein setzen, trotz immer wiederkehrender Einschüchterungsversuche von Neonazis und

populistischen Wortführern. Mit dem Preis werden seit 2007 innovative Projektbeispiele aus der Zivilgesellschaft prämiert und ermutigendes Engagement von Kommunen ausgezeichnet.

Maßnahmen im Berichtszeitraum

Der *Sächsische Förderpreis für Demokratie* wurde 2016 zum 10. Mal verliehen. Etwa 175 Gäste nahmen an der Preisverleihung am 8. November in der Schlosskapelle des Dresdner Residenzschlosses teil.

Der Hauptpreis ging an die Flüchtlingshilfe Königshain-Wiederau für ihr Projekt „Niemand flieht freiwillig!“, das als ungewöhnlich integrative und nachhaltige Bürgerinitiative stellvertretend für viele Willkommensinitiativen ausgezeichnet wurde. Der Kommunenpreis wurde als Sonderpreis an das Theater der Jungen Welt, einen Eigenbetrieb der Stadt Leipzig, verliehen für ihr Projekt „Brennpunkt: X“, an dem maßgeblich Geflüchtete als Akteure und Schauspieler beteiligt waren.



Vier Anerkennungspreise gingen an folgende Träger und ihre Projekte:

- Courage – Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V.: „In guter Gesellschaft“
- CSD Dresden e.V.: „CSD Dresden hilft“
- Jüdischer FrauenVerein Dresden e.V.: „Warum wir nach Dresden gekommen sind“
- Straßengezwitscher e.V.: Online-Arbeit zum Thema Flüchtlinge, Asyl und Integration

In den 10 Jahren seit 2007 wurden damit insgesamt 50 Projekte und drei Kommunen für ihr Engagement mit dem *Sächsischen Förderpreis für Demokratie* ausgezeichnet.

Ausblick

Der *Sächsische Förderpreis für Demokratie* wird auch 2017 wieder verliehen. Die Preisverleihung findet am 6. November 2017 in der Staatsoperette im Kraftwerk Dresden-Mitte statt. Die Ausschreibungsphase wird im Juni 2017 starten.

4. EIGENE OPERATIVE PROJEKTE DER STIFTUNG

4.1. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft – Thüringer Dokumentations- und Forschungsstelle gegen Menschenfeindlichkeit

Ausgangslage

Es gibt große Forschungslücken zum Zusammenhang zwischen Vorurteilen, menschenfeindlichen Einstellungen und Gewalt. Auch in gerade in Thüringen sind Vorurteile, vor allem gegen Menschen aus Einwandererfamilien, weit verbreitet. Das nährt die Radikalisierung größerer Teile der Gesellschaft.

Projektansatz

Das „Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft – Thüringer Dokumentations- und Forschungsstelle gegen Menschenfeindlichkeit“ (IDZ) ist eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung und hat im August 2016 in Jena die Arbeit aufgenommen.

Als Schnittstelle zwischen Forschung, Zivilgesellschaft und Politik erforschen die Mitarbeitenden gesellschaftliche Diskriminierung ebenso wie Möglichkeiten zur Förderung demokratischer Kultur.



Maßnahmen im Berichtszeitraum

Das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft hat seine Gründungsphase abgeschlossen und seine Forschungskonzepte erarbeitet sowie im Rahmen des ersten Bandes der IDZ-Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“ veröffentlicht.

Mitarbeitende des IDZ hielten bereits mehrere Vorträge, leiteten Workshops oder nahmen an Podiumsdiskussionen zu den verschiedenen Themenschwerpunkten des Instituts teil. Der Großteil davon fand im Rahmen von wissenschaftlichen Veranstaltungen verschiedener Hochschulen und Universitäten statt.



Mit einer Betroffenenbefragung macht das IDZ Diskriminierungskontexte sowie individuelle, institutionelle und strukturelle Diskriminierungserfahrungen, aber auch Gewalterfahrungen im Sinne von Vorurteils kriminalität (hate crime) in Thüringen sichtbar. Durch die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren werden gezielt Gruppen angesprochen, die potentiell von Diskriminierung betroffen sind.

Ausblick

Im Rahmen der vorgestellten Betroffenenbefragung werden auch vorurteilsgeleitete Hassverbrechen erfragt und analysiert. Überdies wird mit der Mobilien Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt ezra an einer Neuauflage der im September 2014 veröffentlichten Studie zu „Erfahrungen von Betroffenen rechter Gewalt mit der Polizei“ gearbeitet.

Das IDZ erhielt außerdem den Zuschlag für die Erstellung des Gutachtens „Rechtsextreme Strukturen und Agitationsformen im ländlichen Raum Ostdeutschlands“ für die Beauftragte für die Neuen Bundesländer der Bundesregierung. Im Rahmen der Studie werden neue Strukturen und Agitationsformen im Rechtsextremismus charakterisiert und erforscht, inwieweit sie spezifische Reaktionen auf die Folgen von Modernisierungs-, Globalisierungs- und Migrationsprozesse in ländlichen Regionen Ostdeutschlands darstellen. Dazu werden Reichsbürger_innen, völkische Siedler_innen, Bürgerwehren und rechte Protestbewegungen im Internet untersucht.

4.2. Prävention von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit unter besonderer Berücksichtigung von Gender

Ausgangslage

Eine Genderperspektive ist für die Analyse aktueller rechtspopulistischer Bewegungen unabdingbar. „Geschlecht“ stellt darin in Mobilisierung, Apellen und Programmatik einen „Kitt“ dar. Daneben – und insbesondere für die pädagogische und zivilgesellschaftliche Arbeit relevant – gilt es, geschlechtsbezogene Faktoren in ablehnenden Haltungen und Hinwendungsprozessen in rechtsextreme Szenen zu beachten und der immer noch verbreiteten Nicht- und Fehlwahrnehmung rechtsextremer Frauen zu begegnen.

Projektansatz

Von 2015 bis 2019 wird die Amadeu Antonio Stiftung im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ zur Strukturentwicklung als *bundeszentraler Träger* für den Themenbereich „Rechtsextremismus/ GMF und Gender“ gefördert. Die Förderung soll dazu dienen, sich bundesweit als eine Art Kompetenzzentrum für den Bereich Rechtsextremismus- und GMF-Prävention aus Perspektive von Gender zu etablieren.

Maßnahmen im Berichtszeitraum

Expertise und Analyse aktueller Entwicklungen

Das Thema Geschlecht wird aktuell in rechtspopulistischen Bewegungen sowie in der Neuen Rechten prominent angesprochen. Dazu zählt insbesondere die rassistische Instrumentalisierung geschlechterpolitischer und feministischer Anliegen.

Das mobilisierende Narrativ ist dabei eine Variation des klassischen Rassismus und Antisemitismus: Früher waren es „Ausländer raus“-Rufe, heute wird vor der kulturellen „Überfremdung“, dem „Rassenkrieg“ und dem Untergang des christlichen Abendlandes gewarnt oder der Schutz vor sexualisierter Gewalt an Frauen und Töchtern durch „deutsche Männer“ bemüht.

Auf die Verschränkung dieser Bilder und die Projektion auf das vermeintlich Fremde wird in der Veröffentlichung „Das Bild des übergriffigen Fremden – wenn mit Lügen über sexualisierte Gewalt Hass geschürt wird“ eingegangen.



In einer 2016 durchgeführten Expertise wurden Genderaspekte bei Pegida untersucht. Die aggressive Haltung rechtspopulistischer Akteur_innen und Anhänger_innen gegenüber allem, was mit gendersensiblen Haltungen und Inhalten in Verbindung gebracht wird, wird deutlich und meist unter Schlagworten wie „Genderismus“, „Genderwahn“ und Kampf gegen Gender-Mainstreaming zusammengefasst. Verbunden sind damit auch sexistische sowie homo-, inter- und trans*feindliche

Positionierungen. In den Bewegungen finden wir Aufrufe gegen „Verweichlichung“ und für „Mannhaftigkeit“. Die Gender-Themen sind eine zentrale Klammer des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus – und ein Anschlusspunkt in breitere Teile der Bevölkerung.

Zu den genannten Themen bieten die Projektmitarbeiter_innen Vorträge, Fortbildungen und Beratungen an, die laufend nachgefragt werden.

Praxisforschung zu abwertenden Verhalten von Mädchen und Jungen

Wesentlicher Teil des Strukturprojektes ist eine Praxisforschung gemeinsam mit der Alice Salomon Hochschule Berlin. Begonnen 2015 zum abwertenden und diskriminierenden Verhalten von Mädchen, geht es aktuell um die Jungenarbeit. Hier werden – analog zur Untersuchung in Mädcheneinrichtungen – Angebote für Jungen wie offene Treffs und Bildungsangebote mit Expert_inneninterviews und Gruppendiskussionen mit Jungen untersucht. Im Fokus stehen dabei weniger rechtsextreme Orientierungen als weit verbreitete ablehnende Haltungen von Jugendlichen gegen Gruppen von Menschen. Ziele der Praxisforschung sind eine Analyse dieser jugendspezifischen Ablehnungen im Kontext der Geschlechterverhältnisse und Sozialisationsbedingungen sowie die Entwicklung gendersensibler Ansätze, von Qualitätskriterien und Standards.

Ausblick

Zur Analyse aktueller Politiken rechtspopulistischer Bewegungen und Politiker_innen zum traditionellen Bild von Familie konzipiert das Projekt gemeinsam mit dem Bundesverband des LSVD eine Homepage, auf der sich Gegenrede zu homo- und trans*feindlichen Aussagen finden. Sie wird in 2017 gelauncht.

4.3. [debate//de:hate](#) - digitale demokratische Kultur, vormals no-nazi.net

Ausgangslage

Als ein gesellschaftliches Problem ist „Hatespeech“ (gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit online) in der breiten Masse und ihrer Medienrezeptionen angekommen - insbesondere seit der vermehrten Sichtbarkeit von rassistischen Postings, Falschmeldungen, Gerüchten in Bezug auf Geflüchtete in sozialen Netzwerken. Hassrede (Hate Speech) und Gegenrede (Counter Speech) sind die neuen Termini, die das Phänomen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit online beschreiben und auch mögliche Gegenmittel der Zivilgesellschaft aufzeigen.

Hate Speech kann den Ton und das Kommunikationsklima im Netz nachhaltig verändern und vor allem diejenigen verdrängen, die an Beziehungspflege, Information und einer demokratisch-fairen Debatte in Sozialen Netzwerken interessiert sind. Besonders die (politische) Meinungsbildung von jungen Menschen im Netz wird sehr maßgeblich durch die Sozialen Netzwerke geprägt und beeinflusst wird.

Projektansatz

Der ursprüngliche thematische Schwerpunkt des Projektes no-nazi.net auf das Phänomen des Rechtsextremismus im Netz wurde erweitert:



Diese programmatische Ausweitung wird an der Namensumbenennung deutlich. Aus no-nazi.net wurde *debate//de:hate*.

debate

debate beschäftigt sich mit pädagogischen und bildungspolitischen Aspekten und hat als Zielgruppe junge Menschen im Netz und ihr mittelbares Umfeld (Pädagogische Fachkräfte, Schulen, Eltern) und bildet so den Teil des vom BMFSJ geförderten Projektes ab.

Junge Menschen und ihr mittelbares Umfeld zum Thema „Hate Speech und Reaktionsmöglichkeiten“ zu sensibilisieren, um eine demokratische Debattenkultur im Netz zu etablieren, ist Hauptaufgabe von *debate*. Das Projekt bietet digitale demokratische Kultur als Mittel und Handlungsspielraum in der Bekämpfung von Hate Speech an und vermittelt Handlungsempfehlungen in das mittelbare Umfeld junger Menschen (Eltern, schulische und pädagogische Lehrkräfte, Akteure der außerschulischen Jugendarbeit).

de:hate – Monitoring und Analyse digitaler Phänomene

de:hate konzentriert sich auf das Monitoring und die Analyse von Hate Speech Phänomenen sowie die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen. Angesichts der hohen öffentlichen Aufmerksamkeit für das Themenfeld Hate Speech und den zahlreichen Debatten über den Umgang damit, ist es besonders relevant, den jeweiligen Akteur_innen die notwendige Expertise für eine sinnvolle Auseinandersetzung mit den Herausforderungen und möglichen Lösungsansätzen zu vermitteln. Dies geschieht mithilfe von Analysen, Fallbeispielen und fachlichen Einschätzungen, die sich explizit auch an weniger digital-affine Personen aus Zivilgesellschaft, Politik und Presse richten.

Maßnahmen im Berichtszeitraum

debate entwickelt und vermittelt die pädagogische Bearbeitung menschenfeindlichen Verhaltens sowie präventive Qualifizierung und pädagogische Konzepte. Der Bedarf an Fortbildungen und Trainings, der an die Stiftung in diesem Bereich herangetragen wird ist immens.



Eine Reaktion darauf war die Entwicklung und Erprobung des „Train the Trainer“ Programms, bei dem junge Menschen zu Peer-Trainer_innen zum Umgang mit Hate Speech ausgebildet und von der Stiftung mit dafür entwickeltem pädagogischen Lehrmaterial ausgestattet werden.

Die Testphase wird derzeit abgeschlossen und die Erfahrungen in das Programm eingearbeitet.

de:hate betreibt ein qualitatives Monitoring, um menschenverachtende Phänomene im digitalen Raum frühzeitig zu identifizieren und analysieren. Diese Ergebnisse werden in einem jährlichen Monitoringbericht zusammengefasst.

Neben der Beobachtung und Analyse werden auch themenrelevante Forschungsergebnisse gesichtet und aufbereitet. So soll zu einem tieferen Verständnis der Problemfelder sowie zu einer Grundlage für die Entwicklung von Handlungsmöglichkeiten und Lösungsansätzen zum Umgang mit Hate Speech beigetragen werden.



Zu diesem Zweck wurden seit Anfang 2017 13 Vorträge, Inputs, Diskussionsrunden auf nationalen Konferenzen, Fachtagungen und Expertenrunden gehalten. Auf internationalem Level wurden 6 Konferenzen sowohl von NGOs und Aktivisten, als auch von politischen Institutionen wie der UNAOC, EU, COE besucht und die Expertise des Projekts eingebracht. Weiter gab es einen Austausch mit Wissenschaftlern aus Harvard und der Indiana University, Hintergrundgespräche mit Journalistinnen und Journalisten nationaler und internationaler Medienhäuser sowie Treffen mit Vertreter_innen der Sozialen Netzwerke.

Schließlich hat das Projekt im Kontext des vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz vorgestellten Netzwerkdurchsetzungsgesetzes die Position der Amadeu Antonio Stiftung zu dem geplanten Gesetz mitformuliert und ausgearbeitet und die Teilnahme der Stiftung an der „Deklaration für Meinungsfreiheit“ initiiert.

Ausblick

Das Projekt *debate* wird das Train-the-Trainer-Programm weiter ausbauen und professionalisieren. Geplant ist eine Pädagogische Broschüre mit Handlungsempfehlungen für Sozialarbeiter_innen, die mit Hilfe des Web 2.0 Präventionsarbeit gegen GMF durchführen. Neben Fachartikeln wird die Zielgruppe mittels Workshops und Vorträgen erschlossen.

Der Monitoringbericht 2016/17 des Projekts *de:hate* wird im Sommer 2017 erscheinen und sich auf die Verbreitung aktuell wirksamer Narrative fokussieren.

4.4. Lola für Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Ausgangslage

Geschlechterdemokratie ist mehr als Mädchen- und Frauenförderung. Trotz rechtlicher Gleichstellung haben es Lebenswege, die sich nicht in gängige Klischees einpassen wollen oder können, noch immer schwer, sich gegen die Vorstellungen und Zwänge durchzusetzen, die die Gesellschaft als „normal“ ansieht. Das betrifft Frauen und Männer. Beiden wird es aufgrund von biologistischen Zuschreibungen schwer gemacht, das eigene Leben entsprechend des individuellen Lebensentwurfs zu gestalten.

Projektansatz

Das Projekt „Lola für Lulu“ widmet sich seit 2008 der Förderung demokratischer Kultur aus einer feministischen, insbesondere einer geschlechterreflektierenden Perspektive. Seit 2015 arbeitet der aus dem Projekt hervorgegangene Verein „Lola für Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern e.V.“ nun auch landesweit zu entsprechenden Themen, entwickelt innovative Projekte und setzt diese mit Partner_innen vor Ort um.



Maßnahmen im Berichtszeitraum

Seit 2015 arbeitet der Verein schwerpunktmäßig zur Auseinandersetzung mit Homo- und Trans*feindlichkeit. Das Modellprojekt „un_sichtbar - Lesben, Schwule und Trans* in Mecklenburg-Vorpommern - Lebensrealitäten, Ausgrenzungserfahrungen und Widerständigkeiten“ ist für 5 Jahre gefördert durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“. In Dezember 2016 veröffentlichte der Verein eine Expertise zum Thema: „Ich hab mich normal gefühlt, ich war ja verliebt, aber für die anderen ist man anders. Homo- und Trans*feindlichkeit in Mecklenburg-Vorpommern“. Der Verein wurde in den vergangenen Monaten zu verschiedenen Gremien und Veranstaltungen eingeladen, um die Ergebnisse der Expertise und die politischen Forderungen vorzustellen und zu diskutieren; u.a. beim Netzwerk gegen Homophobie MV, in dem Vertreter_innen aus dem Landtag, Ministerien und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten.



Im März 2017 organisierte Lola für Demokratie einen Schreibworkshop für Lesben, Schwulen und Trans* in der Nähe von Rostock mit der renommierten Autorin Karen-Susan Fessel. Aus dem Workshop ist eine eindrucksvolle Broschüre entstanden, die Erfahrungen von Lesben, Schwulen und Trans* in Mecklenburg-Vorpommern abbildet.

Der Verein hat sein Profil weiter ausgebaut und mit dem „Lagebericht Antisemitismus in Mecklenburg-Vorpommern“ erstmals eine umfangreiche Bestandsaufnahme zu Antisemitismus im Bundesland herausgebracht.

Ausblick

Ein weiterer Baustein des Projekts ist eine Ausstellung zu Lebensgeschichten von Lesben, Schwulen und Trans* aus dem Bundesland, die Anfang 2018 in der Kunsthalle Rostock eröffnet wird. Die Recherchen wurden Anfang 2017 abgeschlossen und dauern zu einzelnen Themen noch an.


4.5. Aktion Schutzschild

Ausgangslage

Die steigenden Flüchtlingszahlen stellen und stellen Politik und Gesellschaft vor zentrale Herausforderungen: In großen Teilen der Bevölkerung finden sich rassistische Ressentiments und Vorbehalte

Gewalt gegen Asylsuchende 2016

 Durchschnittlich alle 3 Tage ein Brandanschlag

433 Verletzte durch Brand und Körperverletzungen 

 3771 Angriffe auf Asylsuchende

gegen die Einrichtung von Unterkünften. Organisierte Rechtsextreme und Rechtspopulist_innen greifen diese Stimmung auf und schüren den Hass auf Geflüchtete. Die Zahl der Übergriffe auf Geflüchtete und Sammelunterkünfte ist bundesweit stark gestiegen. Insbesondere in vielen ländlichen Regionen Ostdeutschlands sind die Herausforderungen noch einmal spezieller, dort leben kaum Migrantinnen und Migranten. Dies hat auch mit einer häufig vor Ort verankerten rechten Szene zu tun.

Projektansatz

In Anbetracht der Bedrohungslage und prekären Situation, der geflüchtete Menschen durch (Alltags-)Rassismus, rechte Hetze, Missachtung vieler ihrer grundlegenden Rechte und Gewalt vielfach ausgesetzt sind, möchte *Aktion Schutzschild* dazu beitragen, dass Geflüchtete und Asylsuchende langfristig und sicher als aktiver Teil der Zivilgesellschaft leben können, sei es im ländlichen Raum oder in urbanen Ballungszentren.

Das Projekt sieht seine Aufgabe darin, in strukturschwachen Räumen

1. die Rechte und Kapazitäten von Flüchtlingen zum Ziele ihrer Sicherheit und ihrer langfristigen gesellschaftlichen Teilhabe zu stärken und
2. die Öffnung der Mehrheitsgesellschaft aktiv zu befördern.

Im Mittelpunkt steht die Stärkung von Selbstorganisation Geflüchteter durch drei Säulen: eine nachhaltige Unterstützung bei der Suche nach finanziellen Ressourcen, der bundesweiten Vernetzung mit anderen Organisationen sowie inhaltlicher Beratung und Unterstützung bei Bildungsarbeit.

Um die Akzeptanz von Flüchtlingen in der breiteren Gesellschaft zu erhöhen, arbeitet *Aktion Schutzschild* im Arbeitsbereich 2 bisher mit zwei Säulen: Aufklärung und Bildung der Zivilgesellschaft und Dokumentation der Übergriffe. Durch die Dokumentation in der Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle in Zusammenarbeit mit Pro Asyl macht das Projekt auf die immer noch oft gefährliche Situation von Flüchtlingen bundesweit aufmerksam.

Maßnahmen im Berichtszeitraum

Das Projekt versteht sich als Motor für Inklusionsprozesse im lokalen Raum und ist an verschiedenen Orten aktiv. Dazu gehören: Demmin, Parchim, Rostock, Schwerin, Ludwigslust, Fulda, Berlin, Stralsund. In 2016 bestand die Arbeit vor allem darin, Akteure ausfindig zu machen, Gespräche zu führen und Selbstorganisationsprozesse zu unterstützen oder vorhandene Strukturen zu stärken.

Eine Bedarfsanalyse wurde erhoben, die ein komplexes Bild ergab. Die Leitfragen waren:

- Wie müssen die Bedingungen aussehen, unter denen nachhaltige Schutzkonzepte eronnen werden können, wenn sie sich in der Praxis behaupten sollen?
- Was sind die zu fördernden Strukturen, um die Vision einer gleichwertigen, gleichberechtigten und alle Teile der Einwanderungsgesellschaft umfassenden Zivilgesellschaft zu stärken?

Seit Herbst 2016 konnten erste nachhaltige Projekte entstehen, die es gilt in 2017 auf eigenständige Füße zu stellen: In Schwerin, Demmin, Berlin Marzahn-Hellersdorf und Parchim konnte die Gründung von Vereinen und Cafés ermöglicht werden.

In Berlin Marzahn-Hellersdorf, Stralsund, Demmin und Fulda konnten vier nachhaltige Projekte gemeinsam mit Selbstorganisationen erarbeitet werden, die in 2017 durchgeführt werden.



Zum Ende des Jahres 2016 konnte die Bedarfsanalyse, die angelehnt an das Konzept des *community organizing* durchgeführt wurde, somit bereits in konkrete Projekte umgesetzt werden.

Ausblick

Neben der weiteren Begleitung und verstärkten Beratung der bisherigen gegründeten Initiativen wird die Zusammenarbeit mit weiteren Netzwerken und Partner_innen vorangetrieben.

Der Bereich der Dokumentation durch die Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle wird ausgebaut. In Zusammenarbeit mit Datenjournalist_innen und Grafiker_innen soll die Chronik im Laufe des Jahres zu einer Informationsquelle ausgebaut werden, die noch stärker über Hintergründe berichtet und die Betroffenenperspektive zur Sprache bringt.

Ein weiterer Schritt des Projektes wird es sein, die Perspektiven von Geflüchteten und Migrant_innen, sowie deren Expertise in Bezug auf die alltägliche Lebenssituation und die Ausgestaltung eines Inklusionsprozesses in viele gesellschaftliche Bereiche zu tragen, um die Lebenssituation der Neuangekommenen zu verbessern. Zielgruppen sind etwa Sozialarbeiter_innen, Wohlfahrtsverbände, Jugendzentren, Schulen, Arbeitsagenturen, Ausländerbehörden, kommunale Verantwortungsträger oder Integrationsbeauftragte.

4.6. Vom Willkommen zur Integration – Trainings und Vernetzung für die ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit im ländlichen ostdeutschen Raum

Ausgangslage

Im gesamten Bundesgebiet engagieren sich mehrere Tausend Menschen für und mit Flüchtlingen. Seit dem Sommer des Willkommens 2015 hat sich dabei die Aktivität der Ehrenamtlichen von humanitärer Nothilfe hin zu einer Integration der angekommenen Flüchtlinge in die Gesellschaft verschoben.

Projektansatz

Im Oktober 2016 startete das Projekt "Vom Willkommen zur Integration – Trainings und Vernetzung für die ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit im ländlichen ostdeutschen Raum". Die Amadeu Antonio Stiftung baut damit auf das Vorgängerprojekt "Willkommenskultur gestalten – Gesellschaftliche Teilhabe



ermöglichen" auf, in dem Fortbildungen für die Arbeit mit Geflüchteten entwickelt wurden. Das Projekt setzt einerseits auf die Qualifizierung ehrenamtlichen Engagements in der Flüchtlingsarbeit für Themen wie Rassismus, Argumentation gegen flüchtlingsfeindliche Hetze und Umgang mit Bedrohung von Rechts geplant. Zum anderen soll eine Vernetzung von Zivilgesellschaft, Willkommensinitiativen, migrantischer Selbstorganisation, Politik und Verwaltung im ländlichen ostdeutschen Raum erreicht werden. Mit regelmäßigen Netzwerktreffen wird in Modellregionen ein regionales Forum geschaffen, in dem sich zu aktuellen Fragen von Teilhabe ausgetauscht werden kann. Ziel ist es, migrantische Selbstorganisationen sichtbarer zu machen und aktiv in die Kommune einzubinden.

Maßnahmen im Berichtszeitraum

In den ersten Projektmonaten wurden bereits erste Seminare durchgeführt und dokumentiert. Darüber hinaus wurde mit der Organisation der Konferenz "connect – Willkommensstruktur trifft Selbstorganisation" begonnen.

Ausblick

Die Konferenz "connect – Willkommensstruktur trifft Selbstorganisation" soll im September 2017 in Berlin stattfinden. Außerdem wurde im Herbst 2016 eine Kooperation mit campact gestartet, um deren digitale Landkarte der Willkommensinitiativen einzubinden. Ziel ist es, die bestehenden Einträge zu aktualisieren und sie um Migranten-/ Geflüchteten-Selbstorganisationen zu ergänzen.

4.7. Aktionswochen gegen Antisemitismus

Ausgangslage

Der Antisemitismus in Deutschland hörte 1945 nicht auf. Jüdinnen und Juden sind in ihrem Alltag ständig damit konfrontiert. Und sie erleben, dass die Bedrohung des Antisemitismus nicht ernst genommen wird. Dabei ist der Antisemitismus nicht nur eine Gefahr für Jüdinnen und Juden, sondern für die demokratische Gesellschaft insgesamt.

Projektansatz

Die *Aktionswochen gegen Antisemitismus* sind gewachsen und die bundesweit größte Kampagne gegen Antisemitismus. Mit der Kampagne wollen wir aufmerksam machen, aufklären und zeigen, dass jeder etwas gegen Antisemitismus tun kann. Es ist ein großer Erfolg, dass es gelungen ist, bundesweit in kleinen Dörfern wie Großstädten für den Zeitraum der Aktionswochen viele Menschen unterschiedlicher Milieus dazu zu bewegen, sich mit Anti-semitismus auseinanderzusetzen - besonders unter dem Aspekt, dass das Thema Antisemitismus inhaltlich weitaus komplexer ausgerichtet ist und kontroversere Debatten auslöst, als das Thema Rechtsextremismus.



Maßnahmen im Berichtszeitraum

Neben der Umsetzung eigens durchgeführter Veranstaltungen wurden zahlreiche Initiativen und Organisationen aktiviert, die eigenständig und ohne finanzielle Unterstützung Veranstaltungen im durchführten. 2016 haben sich über 100 Organisationen, Einrichtungen, Initiativen und jüdische

Gemeinden aus allen Bundesländern mit ca. 220 Veranstaltungen an den Aktionswochen beteiligt. Nach den Rückmeldungen vor Ort gehen wir davon aus, wahrscheinlich über 8000 Menschen erreicht zu haben. Diskussionen während und nach Veranstaltungen haben auch gezeigt, dass Zielgruppen direkt erreicht wurden, die anfällig für ein antisemitisches Weltbild sind.

Ausblick

Die *Aktionswochen gegen Antisemitismus* finden auch 2017 wieder statt, so die Finanzierung gesichert ist. Angedacht ist eine Verlängerung und Ausweitung der Aktionswochen zu „Aktions- und Bildungswochen gegen Antisemitismus“, die bereits im Frühjahr starten.

4.8. ju:an – Praxisstelle antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit

Ausgangslage

Nach einer vom Bundesmodellprojekt *ju:an – Praxisstelle antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit* der Amadeu Antonio Stiftung durchgeführten Bedarfserhebung unter Mitarbeiter_innen der offenen Jugendarbeit wurde der hohe Bedarf an einer antisemitismus- und rassismuskritischen Jugendarbeit deutlich: So kannten etwa 40 Prozent der befragten Fachkräfte aus den Jugendeinrichtungen antisemitische Äußerungen – sowohl von Jugendlichen, als auch von den Kolleg_innen in den Einrichtungen.

Projektansatz

Das Projekt *ju:an – Praxisstelle antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit* beschäftigt sich mit der Entwicklung und Erprobung von Strategien, Konzepten und Instrumenten, um die Themen Antisemitismus und nachhaltig im nonformalen Bildungsbereich zu bearbeiten.



Durch die Organisation von Workshops und Fachveranstaltungen sowie den Auf- und Ausbau von Netzwerken, trägt das Projekt dazu bei, aktuellen Erscheinungen von Antisemitismus und Rassismus wirksam entgegenzutreten. Darüber hinaus initiiert und unterstützt die Praxisstelle selbstorganisierte Empowerment-Netzwerke von und für Jugendliche und junge Erwachsene of Color, Schwarze und jüdische junge Erwachsene, die rassistischen und antisemitischen Diskriminierungserfahrungen - häufig ohne Unterstützung und ohne einen konkreten Handlungsplan - gegenüberstehen.

Maßnahmen im Berichtszeitraum

Nachdem die Hälfte der Projektlaufzeit verstrichen und die Praxisstelle durch Erfahrung und Expertise gewachsen ist, geht es neben der bundesweiten Schulung, Beratung und Empowerments von Multiplikator_innen der Jugendarbeit inzwischen vor allem um die nachhaltige Implementierung einer antisemitismus- und rassismuskritischen Perspektive



in Strukturen des Handlungsfeldes.

Dafür hat *ju:an* beispielsweise Vorschläge für eine Überarbeitung des „Handbuch Qualitätsmanagement der Berliner Jugendfreizeiteinrichtung“ ausformuliert und eingereicht. Diese Themensetzung wird begleitet durch die gezielte Beratung von Politik und Verwaltung, um in diesen Feldern tätigen Personen für die Themen zu sensibilisieren sowie die Weiterentwicklung von fachlichen Standards voranzutreiben. Dies unterstützte die *ju:an-Praxisstelle* auch durch die konzeptionelle Gestaltung des im Februar 2017 an der Fachhochschule Hannover stattgefundenen Fachtags „Under Construction – Für eine Willkommensstruktur in der Sozialen Arbeit“. Hier ging es darum, wie sich die Strukturen der Sozialen Arbeit ändern müssen, um gesellschaftliche Partizipation von Geflüchteten zu ermöglichen.

Gemeinsam mit Fachleuten aus der Jugendarbeit wurden die Potentiale, Widersprüche und Grenzen Postkolonialer Theorien im Hinblick auf eine Bearbeitung antisemitischer und rassistischer Denkweisen diskutiert. Damit hat sich die Praxisstelle einem sensiblen Thema gewidmet und einen Raum geschaffen, um Herausforderungen und Unsicherheiten nicht nur zu besprechen, sondern auch mehr Argumentationssicherheit zu schaffen. Das ist auch das Ziel der, gemeinsam mit den Falken Niedersachsen und den Jusos konzipierten, Veranstaltungsreihe zu Antisemitismus. In partizipativen Workshops zu Aktuellen Formen des Antisemitismus wird das Thema jugendgerecht aufgearbeitet, die Zielgruppe sensibilisiert sowie Gegenstrategien entwickelt.

Ausblick

Fortgesetzt wird die Arbeit des vergangenen Jahres, so auch das Netzwerk „Hotspot of Power“, welches letztes Jahr seinen Auftakt fand und stets weiter ausgebaut wird. Zudem hat im April 2017 ein erstes Empowerment-Netzwerktreffen mit jüdischen Jugendlichen im Raum Niedersachsen stattgefunden. Weitere regelmäßige Treffen für die bis dato ca. 20 jungen Erwachsenen sind bereits verabredet und in Planung. Die *ju:an-Praxisstelle* unterstützt die Jugendlichen dabei, eigene Wünsche, Ziele und Utopien für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft zu entwickeln.

4.9. No World Order – Handeln gegen Verschwörungsideologien

Ausgangslage

Verschwörungsideologien stellen weltweit ein Problem für demokratische Gesellschaften dar. Die populistischen Aktivitäten, die derzeit in liberalen Demokratien auf dem Vormarsch sind, nutzen diese Erzählungen ebenfalls in ihrer Teilung der Welt in „Volk“ vs. „Elite“. Viktor Orbán in Ungarn, Donald Trump in den USA, Recep Tayyip Erdoğan in der Türkei – sie alle sehen eine dunkle Verschwörung am Werke, der durch die autoritäre Umgestaltung der Gesellschaft und der Abschottung des eigenen Nationalstaats entgegengewirkt werden soll. Der Mythos der „großen Verschwörung“ dient den aktuellen Bewegungen heterogener Gruppen und Einzelpersonen bis in Parteistrukturen hinein weiterhin als Bindemittel.

Projektansatz

Das Projekt *No World Order. Handeln gegen Verschwörungsideologien* zielt darauf ab, die Zivilgesellschaft über die Gefahren von Verschwörungsideologien aufzuklären und

Handlungsoptionen vorzustellen. Es richtet sich an Multiplikator_innen in Politik, im Bereich schulischer und außerschulischer Bildung sowie Mitarbeitende von Beratungsstellen.

Maßnahmen im Berichtszeitraum

Fortbildungsanfragen werden von Personen, Gruppen und Organisationen aus dem gesamten Bundesgebiet gestellt, darunter weiterhin die *Bundeszentrale für politische Bildung* (bpb). Aufgrund der Aktivitäten des reichsideologischen Milieus ist die Nachfrage nach einer Neuauflage der „Reichsbürger“-Broschüre gestiegen. In diesem Jahr wird darüber hinaus die Zusammenarbeit mit dem europäischen Forschungsnetzwerk *COST Compact*, wie auch der Universität Potsdam vertieft.

Ausblick

Bis zum Jahresende 2017 ist die Neuauflage der Broschüre „Reichsbürger“ sowie die Durchführung des 2. Fachforum *Cui bono?* im November 2017 geplant. Die Veröffentlichung von Studien und Fachartikeln soll zwischen Theorie und Praxis vermitteln. Darauf zielt auch die erneute Ausrichtung des Fachforums *Cui bono?* ab. Eine geplante Webseite zur Sammlung von Fachmaterialien zu den genannten Themenfeldern (Planspiel, Unterrichtsmaterial, Module anderer Akteur_innen im Themenfeld) soll nach dem Fachforum entstehen und die bisher vorhandenen Materialien sammeln.